

Rathaus - Korrespondenz

2

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 12. Dezember 1964

Blatt 3245

1964 keine Verleihung von Renner-Preisen

12. Dezember (RK) Das Kuratorium der Dr. Karl Renner-Stiftung hat einstimmig beschlossen, dem Bürgermeister vorzuschlagen, heuer von einer Preisverleihung Abstand zu nehmen. Bürgermeister Jonas hat dem Antrag stattgegeben. Es besteht die Absicht, einen Teil des Stiftungsbetrages, der 200.000 Schilling ausmacht, der Wiener Volksbildung für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, die anlässlich des 20. Jahrestages der Wiederersterhebung der Republik Österreich vorbereitet werden.

- - -

Wiener Stadtbibliothek übernimmt Nachlaß Julius Bittners

12. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek ordnet zur Zeit den künstlerischen Nachlaß des Dichterkomponisten Julius Bittner in ihre Bestände ein. Der Nachlaß Bittners, der Preisträger der Stadt Wien war und in einem Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof ruht, enthält fast alle Werke in autographen Skizzen, Textbüchern, Partituren und Klavierauszügen.

In dieser Sammlung befinden sich die von Bruno Walter an der Wiener Oper herausgebrachten Kompositionen "Die rote Gred" und "Der Musikant", ferner die an zahlreichen deutschsprachigen Bühnen aufgeführten Opern "Das Höllisch-Gold", "Bergsee", "Das Rosengärtlein" und "Das Veilchen". Ferner übernimmt die Stadtbibliothek das Wiener Singspiel "Der liebe Augustin", drei noch unveröffentlichte Opern, Schauspielmusiken zu Shakespeare-Dramen sowie zu Stücken von Raimund und Nestroy und die "Große Messe".

./.

Dem somit übernommenen Nachlaß gehören auch die beliebten "Tänze aus Österreich", zwei Streichquartette und zahlreiche Lieder an.

Julius Bittner, der den Beinamen "Anzengruber der Oper" verdient, ist als Komponist eigener Operntexte typisch österreichischer Prägung international bekanntgeworden und kann an Bedeutung seiner Zeitgenossen Wilhelm Kienzl gleichgestellt werden, dessen Nachlaß bekanntlich ebenfalls in der Wiener Stadtbibliothek zu finden ist.

Der Gemeinderatsausschuß III hat in seiner letzten Sitzung dem Ankauf des Bittner Nachlasses in der Höhe von 121.400 Schilling zugestimmt.

- - -

Max Jaffé zum Gedenken.

=====

12. Dezember (RK) Auf den 14. Dezember fällt der 25. Todestag des Photographen Max Jaffé.

Er wurde am 27. Juli 1845 in Schwerin, Mecklenburg, geboren und studierte an der Kunstschule in Nürnberg, wo die photographischen Abbildungen von Kunstwerken sein besonderes Interesse an der damals noch von Geheimnissen unwitterten Lichtbilderei erweckten. 1865 fuhr er nach Paris und arbeitete in den Ateliers von Reutlinger und Nadar. 1871 trat er in das Atelier des Hofphotographen Löwy ein und machte sich später selbständig. 1880 schloß Jaffé seinem Betrieb einen Kunstverlag an und spezialisierte sich in der Folge auf den hochwertigen Farbenlichtdruck. 1877 wurde die Jaffétypie, die Herstellung von Buchdruckklischees in Halbtönen, patentiert. Darüber hinaus entwickelte er ein Verfahren zur Entzerrung von Weitwinkelaufnahmen in der Architekturphotographie. Seit 1888 war er als Fachlehrer für Photographie und Reproduktionstechnik an der neugegründeten Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt tätig und gab in zahlreichen Aufsätzen seine Erfahrungen über den Farbenlichtdruck bekannt. Sein Verdienst ist es hauptsächlich, daß die Kunst der Farbphotographie und des Farbdruckes heute einen so hohen Stand erreicht hat.

- - -

Schüler helfen Schülern:Henriettenplatz für Zagreb
=====

12. Dezember (RK) Um den Schülerinnen und Schülern des IV. Realgymnasiums in Zagreb, die von der Überschwemmungskatastrophe betroffen wurden, zu helfen, veranstaltete die Schulgemeinde des Bundesrealgymnasiums XV, Henriettenplatz 6, eine Sammlung von Kleidungsstücken für den Winter, die durch das Rote Kreuz an ihren Bestimmungsort weitergeleitet wurden.

Diese Aktion wird vom BRG XV durch eine Weihnachtsakademie fortgesetzt, deren Reinertragnis ebenfalls an diese Opfer überwiesen werden soll. Im Rahmen der Weihnachtsakademie am 16. Dezember um 19.30 Uhr im Festsaal der Schule musizieren, singen und tanzen Schülerinnen und Schüler des BRG XV jugoslawische und österreichische Volksmusik. Es wirkt dabei eine Spielgruppe des Kroatischen Akademikerklubs mit.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der oben angeführten Veranstaltung Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Rascher Fortschritt des Schulbaues In der Krim
=====

12. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat eine weitere Erhöhung der Baurate 1964 für die neue Schule In der Krim im 19. Bezirk bewilligt. Schon im Frühherbst sind diesem Projekt im Wege einer Bauratenerhöhung eine Million Schilling zugeleitet worden. Damit stehen heuer insgesamt neun Millionen Schilling zur Verfügung.

Bekanntlich entsteht In der Krim eine moderne Volksschule und daran anschließend eine Volkshochschule, die ihren Eingang in der Hutweidengasse haben wird. Besonders am letztgenannten Gebäude konnte ein so rascher Arbeitsfortschritt erzielt werden, daß noch heuer um zwei Millionen Schilling mehr als vorgesehen zur Verbauung gelangen.

- - -

30. Geburtstag von Josef Seifert

=====

12. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet Oberstleutnant Gemeinderat a.D. Josef Seifert das 80. Lebensjahr.

In Wien geboren, rückte er nach dem Besuch des Gymnasiums als Einjährig-Freiwilliger beim Infanterieregiment Nr. 4, Hoch- und Deutschmeister, ein und ließ sich aktivieren. Er ist als einer der wenigen Offiziere der alten Armee seine gesamte Dienstzeit bei dieser Einheit verblieben. Während des ersten Weltkrieges zeichnete er sich in Serbien und an den Isonzofronten besonders aus. 1917 wurde er schwer verwundet und kam nach seiner Genesung als Lehrer an die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt. 1918 ging er in Pension und widmete sich der Organisation des Militäreragisten-Verbandes, dessen Aufgabe es war, die ehemaligen Berufssoldaten in das zivile Leben einzugliedern und ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Auch den Deutschmeisterbund baute er auf und leitete ihn viele Jahre lang. Er sammelte für ihn über eine Million Schilling, die den Witwen und Waisen seiner ehemaligen Regimentsangehörigen zugute kamen. 1928 übernahm Seifert über Anregung Kardinal Piffls die Präsidentschaft des katholischen Waisenhilfevereins. Es gelang ihm, die ihm unterstellten Anstalten in moderne Erziehungsheime umzugestalten. 1934 wurde er Landesleiter der Vaterländischen Front und führte in dieser Stellung einen mutigen Kampf gegen den Nationalsozialismus. Dies hatte 1938 seine sofortige Verhaftung und Einlieferung in das K.Z. Dachau zur Folge. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stellte sich Josef Seifert wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung und wurde als Abgeordneter der ÖVP Mitglied des Wiener Gemeinderates. Er gehörte den Ausschüssen "Kultur und Volksbildung" und "Gesundheitswesen" an. 1949 nahm er als Mandatar Abschied und wurde Vizepräsident des Dorotheums. Weiters fungierte er jahrelang als Vizepräsident des Verbandes der geistig Schaffenden. Seifert ist auch wiederholt als Schriftsteller hervorgetreten. Zahlreiche Aufsätze erzählender und kriegswissenschaftlicher Art sind in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften erschienen. Besondere Erwähnung verdient seine Mitarbeit in der umfassenden Regimentsgeschichte der Deutschmeister. Der heitere Teil seiner Militärerlebnisse ist in dem Büchlein "Deutschmeistergeschichten" enthalten. Sein Buch "Isonzo" ist als wichtiger Beitrag zum österreichischen Kriegsroman zu betrachten.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

12. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurde heute vormittag die Sitzung des Wiener Gemeinderates wieder aufgenommen. Damit begannen die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1965. Der Vorsitzende teilte mit, daß heute, wie bereits berichtet, die Generaldebatte über das Budget der Hoheitsverwaltung und die Spezialdebatte über das Kapitel II, Finanzwesen, abgehalten werden. Hierauf wird über das Kapitel II abgestimmt. Montag, den 14. Dezember, wird der Gemeinderat über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalwesen, Verwaltungs- und Betriebsreform, sowie der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, beraten.

Die Generaldebatte

Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) leitete sein groß angelegtes Referat über den Voranschlag mit folgenden Worten ein: Bevor ich über den Voranschlag und über die Grundsätze der Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1965 referiere, möchte ich mitteilen, daß nach § 87 der Verfassung der Entwurf vom 27. November bis 4. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt wurde. 57 Gemeindemitglieder haben von ihrem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht, und zwar 41 Männer und 16 Frauen. 52 der Einsichtnehmenden haben Erinnerungen abgegeben. Diese Erinnerungen betreffen die verschiedensten Gebiete der Gemeindeverwaltung, so unter anderem eine Gehaltsregulierung für die Gemeindebediensteten, die Errichtung von Kinderspielplätzen und Sportplätzen, Verkehrsbauten, Verkehrsregelung, Verbesserung im Straßenbahn- und Autobusverkehr, Ausbau des Schnellbahnnetzes usw. Alle diese Erinnerungen sollen nach Vorschlag des Referenten den zuständigen Ausschüssen zur direkten Erledigung zugewiesen werden. Es ist interessant, daß diesmal das Interesse der Bürger an den Erinnerungen größer war als im vergangenen Jahr.

Vizebürgermeister Slavik erinnerte dann nochmals daran, wie ein Voranschlag nach monatelangen Beratungen auf Beamtenebene und

zwischen den Mitgliedern des Stadtsenates zustande kommt. Das sogenannte Wunsch-Budget hätte bei Einnahmen von 7.693 Millionen Ausgaben von 9.215 Millionen ergeben. Daß wir ein solches Budget nicht vorlegen konnten, ist wohl selbstverständlich. Wir können keine Finanzpolitik machen, betonte der Vizebürgermeister, die uns in eine Verschuldung führen würde. Aber auch aus technischen Gründen wäre ein solches Budget nicht möglich. Andererseits können wir auch nicht verantworten, eine einseitige Kommunalpolitik zu betreiben.

Budget mit Blick nach vorwärts

Wenn wir heute den Voranschlag für das erste Jahr einer neuen Arbeitsperiode des Gemeinderates beraten, müssen wir selbstverständlich den Blick nach vorwärts richten. Viele Aufgaben können nicht in einem Jahr bewältigt werden. Eine der dringendsten Aufgaben wird es ein, eine Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine Investitionspolitik zu betreiben, die uns hilft, die Vollbeschäftigung zu sichern. Dies ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, daß wir auch in den nächsten Jahren größere Aufgaben beginnen, weiterführen oder vollenden können.

Vizebürgermeister Slavik vertrat dann die Meinung, daß in der Öffentlichkeit oft falsche Vorstellungen über unsere gesellschaftliche Entwicklung herrschen. In Publikationen werden vielfach die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage falsch dargestellt. Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß heutzutage schon jeder ein Auto und einen Fernsehapparat besitzt. Dies beweist die Statistik eindeutig. Es besteht zwar kein Zweifel, daß bei Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung langsam eine Aufwärtsentwicklung in der Lebenshaltung festzustellen ist. Man soll das jedoch nicht überschätzen. Der durchschnittliche Lohn in Österreich beträgt derzeit 2.350 Schilling. Wir haben also noch sehr viele soziale Aufgaben zu erfüllen. Dazu kommt, daß die Lebenserwartung ständig steigt, und derzeit bei 70 Jahren liegt. Im Jahr 1890 war die Lebenserwartung nur so groß, wie heute in Indien, nämlich 34 Jahre.

Viele Einrichtungen der öffentlichen Hand werden durch die höhere Lebenserwartung länger in Anspruch genommen, wie die Pensionen oder die Wohnungen. Unsere Hauptsorge muß daher auf die Erfüllung jener Aufgaben gerichtet sein, die sich aus der ständigen Veränderung unserer Gesellschaft ergeben.

Konkret nannte der Vizebürgermeister an erster Stelle der vor-
dringlichen Aufgaben die Vorbereitung auf das neunte Schuljahr, das
mit 1966/67 eingeführt werden wird. Es muß der Stolz des Wiener
Gemeinderates sein, betonte der Referent, dafür zu sorgen, daß
das neunte Schuljahr in Wien völlig klaglos eingeführt werden
kann. Wir haben daher auch 126 Millionen Schilling Investitionen
dafür vorgesehen.

Vor allem Wohnungsbau

In den nächsten Jahren müssen wir vor allem den Wohnungsbau
in den Blickpunkt unserer Betrachtungen stellen. Schon angesichts
der höheren Lebenserwartung müssen wir für genügend modernen und
schönen Wohnraum sorgen. Wir müssen alle sich ergebenden Möglich-
keiten nützen und die dafür nötige finanzielle Bedeckung suchen,
wir müssen aber vor allem die Rationalisierung weiter verbreiten.
Mit unserer Montagebauweise konnten wir gegenüber der konventionel-
len Bauweise eine Einsparung von acht Prozent erreichen, was bereits
Einsparungen von vielen Millionen pro Jahr ergibt. Wir müssen
trachten, auch im Süden Wiens eine Montagebauanlage zu errichten.
Mit der heutigen Leistungsfähigkeit dürfen wir uns nicht zufrieden
geben. Noch immer sind rund 200.000 Wohnungen älter als 50 Jahre
und entsprechen nicht unseren Anforderungen. Es muß unser Ehrgeiz
sein, diese Wohnungen in einem möglichst kurzen Zeitraum durch
moderne Wohnungen zu ersetzen. Wir sehen darum für das nächste Jahr
den Bau von 5.000 eigenen Wohnungen und die Förderung von 6.300
Wohnungen mit Hilfe der verschiedenen Fonds vor. Dazu ist allerdings
ein sehr großer Betrag notwendig, und es sind 1.350 Millionen
präliminiert.

Gegen Krebs und Rheuma

Eine weitere vordringliche Aufgabe stellt der Ausbau und die
Modernisierung unserer Spitäler dar. Gleichzeitig soll damit der
Kampf gegen zwei Volkskrankheiten intensiviert werden: Krebs und
Rheuma. Für den Bau des Allgemeinen Krankenhauses ist für 1965
erstmalig eine große Baurate von 180 Millionen - je 90 Millionen
von Bund und Gemeinde Wien - vorgesehen. Damit ist eine zügige
Weiterführung des Baues möglich, so daß wir jetzt doch sagen können:
der Bau des Allgemeinen Krankenhauses ist in Schwung gekommen!

Das allein kann freilich unsere Probleme auf diesem Sektor nicht lösen. Vor allem ist der Nordosten Wiens noch ungenügend mit Spitälern versorgt. Daher ist geplant, links der Donau ein neues Krankenhaus in Verbindung mit einem Pflegeheim zu errichten. Wir hoffen nur, daß die Niederösterreicher daraus nicht den Schluß ziehen, daß sie sich auf dem Sektor des Spitalswesens etwas ersparen können.

Anstelle des jetzigen Krankenhauses Rudolfstiftung wollen wir ein neues Spital errichten, das allen Anforderungen gerecht werden soll und für das mehr als 400 Millionen Schilling erforderlich sein werden. Darüber hinaus ergibt sich noch die Aufgabe, in anderen Spitälern Modernisierungen vorzunehmen und zusätzliche Abteilungen zu schaffen.

Ebenso müssen wir in den Vordergrund unserer Betrachtungen die Wohlfahrt stellen, die völlig in Umstellung begriffen ist. Frühere Begriffe sind überholt, aber neue Ideen sind aufgetaucht. Einen Teil unserer früheren Wohlfahrtsaufgaben haben wir nicht mehr zu erfüllen, weil für den größten Teil der Bevölkerung die Altersversorgung nicht mehr auf dem Wohlfahrtsgrundsatz, sondern auf einem gesetzlichen Anrecht aufgebaut ist. Trotzdem werden die Aufgaben nicht kleiner, sie werden nur anders. So etwa erfordert die höhere Lebenserwartung die Betreuung unserer älteren Menschen. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergibt sich die Notwendigkeit der Betreuung unserer Kinder und unserer Jugend.

Eine halbe Milliarde für Verkehrsbauten.

Eine weitere vordringliche Aufgabe und eine schwere finanzielle Belastung bringt die explosionsartige Entwicklung der Motorisierung mit sich. Heute haben wir in Wien etwa 250.000 Personewagen, und wir müssen damit rechnen, daß wir in zehn Jahren zirka die doppelte Anzahl von Kraftfahrzeugen haben werden. Da wird auch der Autofahrer selbst nachdenken müssen, wie er mithelfen kann, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Vielleicht werden auch unsere Autofahrer einmal erkennen, daß es gar nicht so praktisch ist, wenn jeder allein fährt und drei leere Plätze mitnimmt, sondern daß man sich mit Bekannten zusammentun kann und jeweils gemeinsam einen Wagen benützt.

Aber auch die Gemeindeverwaltung muß vorsorgen, daß soweit wie möglich der fließende Verkehr aufrecht erhalten werden kann und daß vor allem auch der öffentliche Verkehr immer funktioniert. Wenn in manchen Zeitungen stand, daß wir beim Straßenbau weniger ausgeben, so stimmt das, nur kann man den Straßenbau nicht allein sehen. Man muß berücksichtigen, daß ein kleiner Teil unserer Straßen in die Verwaltung des Bundes übernommen wurde, vor allem aber muß man beachten, daß unsere größten und bekanntesten Straßenbauten - die Unterführungen am Gürtel und der Zweierlinie - zumindest vorerst Brückenbauten erforderlich machen. Daher sind die Brückenbauten besonders hoch dotiert und hierfür 206,7 Millionen vorgesehen. Für den Straßenbau sind 142,5 Millionen präliminiert. Dieser Betrag von 349 Millionen ist um zirka zehn Prozent höher als jener des laufenden Jahres. Dazu kommen die Ausgaben für Kanalbauten, für die Verlegung von Gas, Rohren und Kabeln, sodaß wir für Brücken- und Straßenbauten insgesamt zirka eine halbe Milliarde Schilling ausgeben werden.

Neues Wasser für Wien

Wir haben ferner für den Ausbau unserer Wasserversorgung vorzusorgen. In Arbeit ist das Grundwasserwerk Lobau. Der Fortgang der Arbeiten wird durch finanzielle Fragen nicht gehemmt werden. Nach Meinung von Fachleuten sollen noch am Ende des Jahres 1965 vom Grundwasserwerk Lobau zusätzlich rund 50 Millionen Liter Wasser pro Tag zur Verfügung gestellt werden. Wir hoffen aber auch, daß es in kürzester Zeit möglich sein wird, die Sieben Quellen in der Steiermark zu fassen und mit dem Bau der Wasserleitung und der Einleitung in die Erste Hochquellenleitung zu beginnen. Dazu muß freilich ein Stollen von neun Kilometer Länge gebaut werden. Aber auch dafür werden wir die finanziellen Mittel sicherstellen. Wir hoffen, mit diesen beiden Bauvorhaben den zusätzlichen Wasserbedarf in den nächsten Jahren befriedigen zu können. Trotzdem muß das Projekt der dritten Wasserleitung weiter vorangetrieben werden.

Absoluter Hochwasserschutz

Ein weiteres großes Problem, für das Vorarbeiten zu leisten sind, ist die Schaffung eines absoluten Hochwasserschutzes für Wien. Hier sind wir in einer nicht ganz einfachen Situation. Wir Wiener wissen zwar was wir wollen, die Techniker haben eine großartige Vorarbeit geleistet und wir könnten zur Detailprojektierung übergehen. An der Hochwasserschutzkonkurrenz sind aber auch das Land Niederösterreich und der Bund beteiligt. Es gilt nun, nachdem wir nicht alleiniger Grundbesitzer dieses Gebietes sind, auch für die uns nicht gehörenden Grundflächen die Bewilligung zur Errichtung eines Hochwasserschutzes zu bekommen. Die Verwirklichung dieses Hochwasserschutzes wird mehr als zwei Milliarden Schilling erfordern. Eine angenehme Nebenerscheinung dieses Projektes ist die Gewinnung von zusätzlichen Sport- und Erholungsflächen.

Groß sind auch die Aufgaben auf dem Gebiete der Kanalisation und vor allem der Abwasserreinigung. Im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz soll ein neuer Sammler gebaut werden, der erst unterhalb Wiens in den Donaustrom einmünden soll. Daß hier eine Klärung des Abwassers erfolgen muß, ist selbstverständlich. Auch das Wasser, das vom Donaukanal kommt, soll in Zukunft entsprechend gereinigt werden. Wir wollen schließlich vorsorgen, daß die Donau unser Stadtgebiet nicht schmutziger verläßt, als sie hereinkommt.

Kapitalerhöhung bei den Stadtwerken

Stark beeinträchtigt wird das Wiener Budget auch durch jenes der Stadtwerke. Es ist für alle selbstverständlich, daß es nötig ist, unsere Gas- und E-Werke auszubauen und die Verkehrsbetriebe zu modernisieren. Für die einzelnen Werke wurden entsprechende Fünf-, bzw. Sieben-, bei den Stadtwerken sogar ein Fünfzehnjahresprogramm ausgearbeitet. Für die Durchführung der Investitionen in diesem Zeitraum ist ein Betrag von 3,3 Milliarden vorgesehen. Die erste Rate soll bereits 1965 durch die Aufnahme einer 500 Millionen Anleihe zur Verfügung gestellt werden. Da die Aufnahme der Anleihe durch die Stadt Wien erfolgt, scheinen diese 500 Millionen im Voranschlag sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite auf. Es können jedoch nicht alle Investitionen bei den Stadtwerken durch Fremdmittelaufnahme bedeckt werden. Wir müssen vielmehr als

Gemeindeverwaltung mithelfen und haben daher eine erste Rate von 100 Millionen für die Kapitalerhöhung bei den Stadtwerken eingesetzt. Wenn wir bei den Stadtwerken das große Investitionsprogramm durchführen wollen, muß uns klar sein, daß es bei einer Kapitalaufstockung von 100 Millionen nicht bleiben kann. Wir werden daher in den Voranschlägen der nächsten Jahre in der verschiedensten Form Kapitalaufstockungen finden, damit das Gleichgewicht zwischen Fremdkapital und Eigenkapital gewahrt bleibt.

Vizebürgermeister Slavik verweist darauf, daß seine bisherigen Ausführungen keinesfalls alle Aufgaben beinhaltet haben, die eine so große Verwaltung wie Wien zu lösen hat. Aber auch in einem Budget können nicht alle Projekte und Probleme bis ins letzte verankert sein. Es wäre auch kaum im Interesse der Autonomie des Gemeinderates, könnte man im Laufe eines Jahres auftauchende Wünsche nicht berücksichtigen. Bei der Budgeterstellung wird daher auch immer mit Vorsicht vorgegangen, sowohl bei der Schätzung der Einnahmen, wie auch bei jener der Ausgaben. Die Aufgabe der Finanzverwaltung sei es, so zu schätzen, daß man nicht in die Lage kommt, neue Wünsche überhaupt nicht berücksichtigen zu können. Die Aufgaben, die eine Stadt wie Wien zu erfüllen hat, werden nicht kleiner. Sie ergeben sich aus der technischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung und auf Grund von Bundesgesetzen. Alle diese gewaltigen Aufgaben müssen auch im Jahr 1965 bewältigt werden, und zwar mit einem Personalstand, der eine Steigerung um nur sieben Personen erfahren hat. Wenn man bedenkt, um wieviel mehr Spitalsbetten, Kindergartenplätze usw. wir haben, wird man verstehen, daß das hierfür benötigte Personal nur durch eine Verminderung in anderen Sparten zur Verfügung gestellt werden konnte. Wir sind daher unseren Arbeitern und Angestellten für ihre gewaltigen Mehrleistungen zu großem Dank verpflichtet.

Günstige wirtschaftliche Entwicklung

Wenn wir den Voranschlag für 1964 betrachten, dann kommen wir zu Einnahmen von 8.658,527.500 Schilling (1964: 7.379,221.300). In diesen Einnahmen sind auch die Weiterzugebenden Darlehen enthalten. Aber selbst nach Abzug dieser Darlehen sind die Einnahmen bedeutend höher angenommen worden als für 1964, und zwar auf Grund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Auftragsstand

in allen Unternehmungen ist außerordentlich günstig, ebenso der Beschäftigtenstand. Es ist auch zu erwarten, daß auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität und die Produktion weiter steigen.

Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von 8.887,659.400 Schilling gegenüber. Auch auf der Ausgabenseite muß man berücksichtigen, daß 627 Millionen Schilling weiterzugebende Darlehen, bzw. der Erlös aus der Investitionsanleihe 1965 sind. Der Abgang ist um rund 23 Millionen größer als im vergangenen Jahr. Die Post unvorhergesehene Ausgaben wurde jedoch gleichfalls größer und zwar stehen hierfür 160 Millionen zur Verfügung, so daß wir mit Recht von einem ausgeglichenen Voranschlag sprechen können.

Auch 1965 ein ausgeglichenes Budget!

Der Gebarungsabgang ist gegenüber dem Vorjahr zwar um 23 Millionen größer, jedoch sind 160 Millionen für unvorhergesehene Ausgaben veranschlagt, so daß mit Recht von einem ausgeglichenen Budget gesprochen werden kann.

Bei den Einnahmen stehen die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben mit rund drei Milliarden an erster Stelle. Diese Summe ist keineswegs ein Geschenk des Bundes, sondern ein dem Land und der Stadt Wien gesetzlich zustehender Anteil. Die Ertragsanteile bilden 38 Prozent der Einnahmen. Die städtischen Steuern und Abgaben sollen 1.744,656.000 oder 21,7 Prozent der Einnahmen erbringen. Für Verwaltungsabgaben Gebühren und Entgelte sind 977,675.600 Schilling vorgesehen, das sind 12,2 Prozent der Einnahmen. Verschiedene andere Einnahmen sollen 1.523,966.900 Schilling (19 Prozent) ergeben. Für die kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen sind 735 Millionen (9,1 Prozent der Einnahmen) veranschlagt. Diese Durchlauferpost, die das Budget erweitert, ist nötig, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen städtischen Betriebe und Abteilungen überblicken zu können. Es ergibt sich also einschließlich der 127 Millionen weiterzugebender Darlehen und der 500 Millionen Investitionsanleihe 1965 eine Einnahmensumme von 8.658,527.500 Schilling.

Dem stehen Gesamtausgaben in der Höhe von 8.887,659.400 Schilling gegenüber. Davon entfallen 2.428 Millionen oder 29,4 Prozent

auf den Personalaufwand, 2.890 Millionen oder 35 Prozent auf den Sachaufwand, 2.330 Millionen oder 28,2 Prozent auf Investitionen und 611 Millionen oder 7,4 Prozent auf Darlehen. Gegenüber dem Voranschlag 1964 sind die Ausgaben für das Personal um 170 Millionen, für den Sachaufwand um 320 Millionen und für Investitionen um rund 200 Millionen gestiegen.

In der Geschäftsgruppe für Finanzwesen sind einschließlich der weiterzugebenden Darlehen und Anleihen Ausgaben im Betrag von 1.932,419.600 Schilling vorgesehen.

Vizebürgermeister Slovik schloß mit dem Dank an die Mitarbeiter der Finanzverwaltung für ihre monatelangen Mühen um das Budget und an alle Verantwortlichen in den Magistratsabteilungen, die für eine objektive Reihung der Vorhaben gesorgt haben. Dank gebührt auch den Mitgliedern des Stadtsenates, mit denen volle Übereinstimmung bei der Budgetierung erreicht werden konnte.

Der Referent stellte daraufhin Anträge auf Genehmigung des Voranschlagsentwurfes und auf Deckung des Gebarungsabganges durch die Rücklagen. Ein Antrag betraf die Ermächtigung für den Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen, Ausgabesätze soweit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert. Der Gemeinderat möge weiters den Bürgermeister ermächtigen, bei eventuellen Organisationsänderungen den Dienstpostenplan des Kontrollamtes diesen Änderungen vorläufig anzupassen. Zwei weitere Anträge betrafen Virements und Widmungsänderungen von Personal- und Investitionsausgaben.

Die General- und Spezialdebatte

Nach Eröffnung der Debatte durch Bürgermeister Jonas sprach als erster Redner GR. Lauscher (KLS). Er bezeichnete das Budget als routinemäßig erstellt.

./.

Daß darin die Geldentwertung einkalkuliert sei, werte er als Beweis dafür, daß das Reden der Regierungsparteien von der Währungsstabilität nicht ernst gemeint ist. So sei der Voranschlag 1965 Ausdruck der Teuerung und der Schuldenwirtschaft. Der Redner kritisierte daraufhin den Schuldenstand der Gemeinde und verglich das Wiener Finanzwesen in der Ersten Republik mit dem der heutigen. Vor allem bemängelte er das "Kostendeckungsprinzip" bei den städtischen Gebühren und das Abrücken vom sozialen Wohnungsbau. Der langsame und ungenügende kommunale Wohnbau habe der ÖVP die Möglichkeit gegeben, diesen durch das Schlagwort vom "amtsgebundenen Wohnungsbau" in Mißkredit zu bringen. Eine Einschränkung desselben läge im Interesse der von der ÖVP vertretenen Haus- und Grundbesitzer und Spekulanten.

Das Budget sehe 5.000 Gemeindewohnungen und 6.300 Genossenschafts- oder Eigentumswohnungen vor. Im Interesse der Bevölkerung sollte es aber umgekehrt sein. Durch die geübte Praxis werden Wohnungsuchende immer wieder auf den teuren und langwierigen Weg verwiesen.

Bezüglich des Wohnungsbaues vermisse man im Budget 1965, so fährt GR. Lauscher fort, jeden Hinweis auf eine raschere Wohnbautätigkeit. Ebenso werde im Voranschlag nichts über die Errichtung der zweiten Montagebaufabrik gesagt.

Besorgniserregend sei ferner das steigende Defizit bei den Spitälern. 1963 betrug dieses Defizit 467 Millionen, 1964 rechne man mit 569 Millionen und 1965 bereits mit 650 Millionen Schilling. Statt einer echten Sanierung sei man hier den bequemeren Weg der Erhöhung der Pflegegebühren gegangen. Dazu komme noch, daß diese Erhöhung nicht im Budget für 1965 berücksichtigt sei. Da dies auch auf andere Gebührenerhöhungen zutrefte, müsse man schärfstens darauf hinweisen, daß diese Praxis keineswegs die Budgetklarheit fördere. Seine Fraktion anerkenne durchaus den Fortschritt im Gesundheitswesen, es müsse jedoch festgestellt werden, daß man auf diesem Gebiet vieles versäumt habe und daß zum Beispiel die Bettennot nach wie vor akut sei.

Ebenso viel Zögern und Zaudern gebe es auf dem Gebiet des Verkehrswesens in Wien. Obwohl im Wahlkampf zahlreiche Versprechungen gemacht worden seien, könne eine wesentliche Verbesserung des Massenverkehrs nicht erwartet werden. So denke man im Rathaus offenbar überhaupt nicht daran, die notwendigen Autobus-

verbindungen vom 20. und 21. Bezirk in die westlichen Bezirke zu schaffen, obwohl schon am kommenden Wochenende die neue Donaubrücke eröffnet werde. Andererseits jedoch würden bereits Vorbereitungen für eine Erhöhung der Straßenbahntarife getroffen. Das gleiche gelte für die Stromtarife. Darüber hinaus rede man in Wien darüber, daß möglicherweise auch die Gas- und Wassertarife erhöht werden sollen. Dazu möge sich der Finanzreferent doch äußern.

Auf die Benachteiligung Wiens durch den Bund sei im Wahlkampf von der SPÖ immer wieder hingewiesen worden. Andererseits aber habe der Finanzreferent des öfteren betont, daß man mit dem Finanzausgleich zufrieden sein könne. Es sei daher kein Wunder, daß die ÖVP das vorliegende Budget als einen Erfolg ihrer Partei betrachte, in dem ihre Ideen verwirklicht seien. Einerseits würden den Großunternehmern und den Großagrariern Milliardenbeträge zugeschanzt, andererseits aber gebe es nur schöne Gesten und die Besteuerung, die ÖVP sei stets für Wien - das sei der Janus-Kopf der Wiener ÖVP.

Im weiteren fordert GR. Lauscher Änderungen in der Kreditpolitik. Der öffentlichen Hand müßten billigere Kredite zugestanden werden. Der Zinsenaufwand bei den Stadtwerken zum Beispiel sei beängstigend gestiegen. Durch die Auflegung der 500-Millionen-Anleihe und die Aufnahme eines weiteren 100-Millionen-Darlehens würden die Lasten jedoch noch höher werden.

Abschließend weist der Redner darauf hin, es gebe wieder zahlreiche Beweise dafür, daß sich reaktionäre Kräfte in der ÖVP wieder weit vorwagen. So habe zum Beispiel die ÖVP geplant, verschiedene Einrichtungen in Österreich dem in- und ausländischen Kapital in die Hände zu spielen. Außerdem habe auch die Politik der Aufwertung der FPÖ durch die Führung der SPÖ den Rechtsradikalen in der ÖVP wertvolle Dienste geleistet. Es wäre daher endlich notwendig, die Zusammenarbeit mit der FPÖ, deren käuflicher Charakter offenkundig geworden sei, aufzugeben.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meint, das Budget stelle einen Versuch dar, die dringlichen Wiener Probleme zu lösen oder der Lösung ein gutes Stück näherzukommen. Zu den alten Problemen kommen aber immer neue und kompliziertere, die gründlich beraten werden müßten. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob eine solche Beratung bei der herrschenden Praxis im Wiener Gemeinderat wirklich geschehen kann.

Der Redner bedauert, daß die Gemeinderäte umfangreiche Tagesordnungen erst zwei bis drei Tage vor der Sitzung zugestellt erhalten. Auch in den Ausschüssen ist es ähnlich. Im Parlament sei die SPÖ sogar für den Einsatz von Spezialunterausschüssen eingetreten. Der Redner verlangt die Schaffung eines eigenen Budgetausschusses und die rechtzeitige Vorlage der Tagesordnungen für die Gemeinderatssitzungen. Er urgiert auch die Einführung einer Fragestunde.

Die Tätigkeit der Ausschüsse vor der Konstituierung des neuen Gemeinderates sei außerdem nach Auffassung des Redners nicht im Einklang mit der Verfassung gestanden.

Zum Budget selbst: Es handelt sich wieder um ein Rekordbudget. Der Redner bedauert jedoch, daß dieser Voranschlag wie auch das Bundesbudget der Ausdruck einer Politik des sinkenden Geldwertes darstelle.

Auf der Einnahmenseite ist der Kulturroschen mit sechs Millionen Schilling eingesetzt. Da aber dieses Bundesgesetz mit Jahresende ausläuft, fragt GR. Dr. Schmidt wieso man mit einem Eingang aus diesem Titel rechne?

Die Ausgabenseite zeigt die Sorgen und Probleme unserer Stadt auf. An erster Stelle steht wie seit Jahren das Wohnungsproblem. Für den Neubau sind zwar um 90 Millionen mehr eingesetzt, doch werden nur 5.000 Wohnungen errichtet. Der Redner verweist außerdem darauf, daß in den letzten Jahren nie so viel Wohnungen gebaut wurden wie geplant waren. Das Manko wird noch dazu immer größer.

Die Bevölkerung Wiens wartet auf eine rasche Lösung des Wohnungsproblems im Parlament.

Der Bürgermeister hat gestern vom Wohnungs- und Bodenwucher gesprochen. Diese Ablösen sind ja nur Sumpflüten eines nicht funktionierenden Wohnungsmarktes. Hierzu gehört auch der Schacher mit Eigentumswohnungen. Seit Jahren liegt im Parlament ein Antrag der ÖVP, diesen Schacher mit Eigentumswohnungen zu unterbinden - es ist unverständlich, warum man darüber zu keiner Einigung kommt. Der Bürgermeister selbst ist Abgeordneter zum Nationalrat. Es war noch nichts zu hören von einem Initiativantrag der Abgeordneten Jonas und Genossen auf Schaffung eines Bodenbeschaffungsgesetzes. Man wartet in un-

serer erstarrten Demokratie, bis sich der schwarz-rote Koalitionsnebel irgend einmal über einem Problem hebt und es so für eine mehr oder minder günstige Kompromißlösung freigibt. Damit vergehen aber wertvolle Jahre, und das auf Kosten der Bevölkerung.

Für den Straßenbau sind um 21 Millionen weniger ausgeworfen. Wenn auch der Finanzreferent sagt, man werde hauptsächlich Brücken bauen, so muß man doch entgegenhalten, daß die Straßen Wiens noch nicht von einer derartigen Qualität sind, daß das eine derartige Herabsetzung rechtfertigen würde. Jahrelang hat die Rathausmehrheit die Unterfahung der Innenstadt als unrealistisch bezeichnet. Im Wahljahr hat der Bürgermeister eine solche Unterfahung angekündigt. Hat der Bürgermeister vielleicht etwas Unrealistisches versprochen? Nein, es ist eben ein Wandel im Denken der Rathausmehrheit über die Bewältigung des Verkehrsproblems eingetreten. Wir begrüßen das, müssen aber doch feststellen, daß das keinem langfristigen Konzept entspricht. Auch hier sind wertvolle Jahre verlorengegangen, Millionen wurden "verplant". Hätte man sich früher zur Unterfahung der City entschlossen, hätte man vielleicht die Zweierlinie nicht in diesem Ausmaß tieflegen müssen. Wir brauchen so bald wie möglich ein umfassendes und klares Konzept für die zweite Verkehrsebene. Wir begrüßen es, daß die Schnellstraßen die Bezirke einander näherbringen, daß Donau- und Donaukanalbrücken dem Individualverkehr mehr Platz geben, aber mit dem Massenverkehr liegt es infolge der Konzeptlosigkeit sehr im argen.

Die Tatsache, daß für die Wasserwerke 60 Millionen mehr veranschlagt sind, erinnert uns an ein weiteres Versäumnis der Rathausmehrheit. Man soll diese Fragen nicht übertreiben, aber man soll sie auch nicht verniedlichen, wie es gestern der Finanzreferent tat. Es ist nicht so, daß es nur 1963 Wassersparmaßnahmen gab. Seit 1957 gab es jedes Jahr Sparmaßnahmen. Auch die Ende 1965 hinzukommenden 50.000 Kubikmeter aus dem Lobauer Grundwasserwerk werden wahrscheinlich nicht genügen, weil der Wasserverbrauch inzwischen wieder gestiegen sein wird.

Wir verkennen nicht die großen Anstrengungen, die auf den Sektoren Schulbau, Wohlfahrts- und Gesundheitswesen gemacht werden. Aber der Voranschlag zeigt wieder die alten Probleme unserer Stadt auf. Er ist mit Routine zusammengestellt, doch ist in ihm keineswegs ein Teil eines großen, sich über mehrere Jahre er-

streckenden Gesamtkonzepts zu erkennen. Dieses Budget ist leider auch nur Stückwerk, es ist keine Station auf einem geradlinigen Kurs, sondern auf einer Zick-Zack-Linie. Es ist ein Budget der Improvisationen, dem die FPÖ nicht zustimmt.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, daß das Budget tatsächlich jeden angeht, und es stimme, wenn die Menschen sagen: Alles auf meine Kosten! Es stimmt auch, wenn der Finanzreferent sagt, das Geld hat keine Mascherln, man kann daher auch nicht so leicht feststellen, woher es kommt.

Man hat aber manchmal den Eindruck, daß das unbemascherlte Geld zu einer bemascherlten Leistung wird. Man soll schon dabei bleiben: Das Geld hat keine Mascherln, aber auch die Leistung, die mit diesem Geld hervorgebracht wird, hat keine Mascherln.

Die entscheidende Frage ist, wie weit sich in dem Budget Ansätze für die Leistungen in den nächstfolgenden Jahren finden. Was die Einnahmenschätzungen betrifft, können wir feststellen, daß sie gegenüber früheren Jahren realistischer geworden sind. In den Voranschlägen 1964 und 1965 ist eine Annäherung an die Gebarungsergebnisse der Vorjahre zu sehen. Und das entspricht unserem Wunsche nach einem realistischen und ausgeglichen Budget und nach Budgetwahrheit.

Der Finanzausgleich ist wesentlich ein Kompromiß und stellt daher nie alle zufrieden. Für die Wiener liegt er beim Finanzreferenten Slavik in sehr guten Händen. Es erhebt sich nur die Frage, ob die Schätzungen der Einnahmen aus dem Finanzausgleich durch die Gemeinde oder durch andere Stellen vorgenommen werden.

Das Budget wird jeweils für ein Jahr erstellt. Die ÖVP hat schon früher gefordert, über diesen Zeitraum hinauszusehen. Dies gilt vor allem für das Investitionsbudget, das für einen größeren Zeitraum erstellt werden müßte, um den Gemeinderäten eine Übersicht über die Erfordernisse der nächsten Jahre zu geben. Beispielsweise wird für den Bausektor des Bundes-Budgets den Abgeordneten ein Überblick über die Leistungen der verfloßenen Jahre und eine Vorausschau auf die Vorhaben bis nach 1967 geboten. Ein solcher Überblick wäre auch für die Wiener Gemeinderäte nützlich.

Der Voranschlag gibt auch keinen Einblick in die gemischtwirtschaftlichen Betriebe, an denen die Stadt Wien beteiligt ist. Auch hier sollte man einen Weg suchen, die Abgeordneten zu informieren. Denn nur durch Überblick gelangt man zu einer Rangordnung.

Auch Wien kennt klare Rangordnungen, wie beispielsweise beim Schulerneuerungsprogramm oder beim Ausbau der Spitäler. Jedoch müßte man derartige Rangordnungen auf allen Gebieten festlegen. Dies hat Abg. Uhlir auf Bundesebene vehement gefordert.

Die Vorstellungen der ÖVP von einem Schwerpunktprogramm differieren im wesentlichen gar nicht so sehr zu den Plänen der SPÖ. Es gilt daher die gemeinsamen Schwerpunkte deutlich zu machen und festzulegen.

Eine wichtige Frage ist der Rang, den Wien in der Welt einnimmt. Wien liegt derzeit verkehrsmäßig am Rande der freien Welt. Aber das kann sich ändern. Unsere Stadt könnte ein wichtiger Integrationspunkt vor allem auf geistigem Gebiete werden. Darin, und nicht nur in der Landschaft und in der Küche, die Wien zu bieten hat, liegt die Chance. Es muß hier eine Atmosphäre der Verständigungsbereitschaft geschaffen werden. Wichtig wäre, weitere bedeutende internationale Organisationen nach Wien zu bekommen.

Für Wien liegt eine einmalige Chance in dem Umstand, daß es gegenwärtig kein unkontrollierbares Wachstum gibt, wie in anderen Städten und wie es auch im Wien der Gründerzeit schwere Probleme hervorgerufen hat. Heute sind wir glücklicherweise nicht mehr einem solchen Bevölkerungsdruck ausgesetzt und sollten diese Atempause dazu benützen, nicht nur Quantitatives sondern vor allem Qualitatives zu schaffen.

Mit Genugtuung habe man der Rede von Bürgermeister Jonas entnommen, daß Wien sich seiner Verpflichtung gegenüber den Hochschulen bewußt ist. Leider findet sich im Budget jedoch keine Post, die darauf schließen ließe, in welcher Form man die Universität und die Technische Hochschule anlässlich ihrer Jubiläen im kommenden Jahr ehren will. Eine entsprechende Ehrung wäre die Bereitstellung von Gründen für die Errichtung einer Universitätsstadt auf dem Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses.

Von allen wurde bereits darauf hingewiesen, in welchem großen Ausmaß die Stadt Wien für die Sicherung des Arbeitsplatzes der Wiener Bevölkerung sorgt. Zur Sicherung des Arbeitsplatzes gehört aber auch, alles zur Stärkung der Wirtschaft zu tun, damit sie auch in einem künftigen gemeinsamen Europa, zu dem wir ja einmal kommen werden, bestehen kann. Eine Sorge der Stadtverwaltung

auf diesem Gebiet wird die richtige Standortplanung sein. Derzeit sind rund 50 Prozent unserer Betriebe innerhalb des Gürtels. Die Struktur der Wiener Bevölkerung ist altersmäßig sehr ungünstig. So sind nur 37 Prozent der Wiener Bevölkerung zwischen 20 und 50 Jahre alt (Budapest 44 Prozent, München 46 Prozent), und 25 Prozent (Budapest 15 Prozent, München 17 Prozent) älter als 60 Jahre. Leider kommen auch immer weniger Arbeitskräfte aus Niederösterreich und dem Burgenland nach Wien. Wir müssen daher versuchen, durch die Schaffung von ausreichendem und gutem Wohnraum, guten Verkehrsverhältnissen, genügenden Sport- und Erholungsflächen einen Anreiz für unsere Stadt zu bieten.

Zum Wohnungsbau selbst ist zu sagen, daß die Sozialisten heute endlich auch zur Ansicht gekommen sind, daß man mehr Wohnungen bauen müßte. Als die Volkspartei den Bau von 60.000 Wohnungen in einer Periode verlangte, hat man das als undurchführbar zurückgewiesen. Es ist aber nicht nur die Zahl der Wohnungen allein entscheidend, sondern auch ihre Beschaffenheit und die Tatsache, ob sie auch in Jahrzehnten noch entsprechen werden. Man dürfte also nicht nur Wert auf die Quantität legen, sondern müsse auch die Qualität berücksichtigen. Großzügigkeit wäre hier besser am Platz als Kleinlichkeit. Bei einer entsprechenden Wohnungsgröße würden viele Familien alte oder alleinstehende Angehörige eher aufnehmen und man könnte sicherlich dadurch nicht nur den einzelnen helfen, sondern auch Altersheim- und sonstige Heimbetten sparen.

Zu hoffen ist auch, daß die Gemeinde Wien weiterhin den neuen Baumethoden aufgeschlossen gegenüber steht. Es soll sich eine Firma bereiterklärt haben, im Süden unserer Stadt eine Fertigteilfabrik zu errichten. Der Redner ersucht den Vizebürgermeister um Mitteilung, wieweit hierüber Verhandlungen geführt werden. Bei der Vergabe der Gemeindewohnungen sollte man die Einkommensverhältnisse berücksichtigen. Nach der Statistik werden heute zehn Prozent des Einkommens für Alkohol und Nikotin ausgegeben.

Man kann es also einem Großteil der Bevölkerung zumuten, für die Anschaffung einer Wohnung einen Beitrag zu leisten.

Nicht weniger wichtig als das Wohnungsproblem ist das Verkehrsproblem. Die Frage, ob die öffentlichen Verkehrsmittel in einer, zwei, oder gar drei Ebenen geführt werden sollen, ist nun endlich unumstritten. Die Massenverkehrsmittel sind unersetzlich, denn je mehr Autos wir in unserer Stadt haben werden, umso weniger wird man damit weiterkommen und umso eher wird man sich wieder dem Massenverkehrsmittel zuwenden.

Die Ansätze des Budgets für die Weiterführung unserer Großbauwerke sind daher erfreulich. Es ist zu hoffen, daß in dieser Periode endlich ein Generalverkehrsplan erstellt wird. Über die versprochene Verbindung der Stadtbahnlinie von der Gumpendorfer Straße weg, werde leider nicht mehr geredet.

Sorgen müsse die Stadtverwaltung auch für die Erhaltung und Vermehrung der Sport- und Erholungszentren. Hier wird die Zusammenarbeit mit Niederösterreich unumgänglich sein, weil die Wiener hauptsächlich in Niederösterreich Erholung suchen. Unter allgemeinem Beifall tritt der Redner für die Erhaltung des Bisamberges als Erholungsgebiet ein.

Wenn man die für nächstes Jahr vorgesehenen Ausgaben für die Versorgungseinrichtungen Wiens allein im Bereich der Hoheitsverwaltung in Höhe von 752 Millionen Schilling mit anderen Budgets vergleicht, so ergibt sich, daß dieser Betrag zum Beispiel mehr als das Doppelte des gesamten Budgets des Burgenlandes ausmacht. Es sei klar, daß besonders auf diesem Gebiet der Versorgungseinrichtungen die langfristige Planung verwirklicht werden muß. In fünf Jahren müßte es doch möglich sein, die Versorgungseinrichtungen soweit zu bringen, daß sie klaglos funktionieren.

Abschließend erinnert GR. Bittner an die gestrigen Reden von Bürgermeister Jonas und Stadtrat Dr. Drimmel. Er weist auf die Worte Drimmel's hin, wonach der Stil der politischen Arbeit, der 1945 geschaffen wurde, im Prinzip gut und richtig sei, jedoch angesichts der geänderten Verhältnisse im Sinne einer besseren Zusammenarbeit neu durchdacht werden müßte.

Die ÖVP bekenne sich zur Zusammenarbeit im Wiener Gemeinderat. Wien sei so wenig wie Rom in einem Tag erbaut worden. Da das vorliegende Budget dem Ziel diene, das Antlitz unserer Stadt von gestern zu erhalten, aber gleichzeitig auch das Antlitz von morgen zu schaffen, stimme die ÖVP-Fraktion dem Voranschlag für 1965 zu.

Als nächster Redner charakterisiert GR. Marek (SPÖ) einleitend die Diskussionsbeiträge seiner Vorredner: Der Vertreter der KLS habe herzlos von einem Routinebudget gesprochen, der FPÖ-Vertreter habe den Voranschlag als ein Budget der Improvisationen bezeichnet, lediglich der Vertreter der ÖVP habe zum größten Teil in positiver Weise Stellung genommen.

Das Budgetvolumen 1965 habe sich bedeutend erhöht, nämlich gegenüber 1964 um 17,3 Prozent. Der KLS-Redner habe in diesem Zusammenhang von "Geldentwertung" und "inflationistischer Tendenz", der Redner der FPÖ von einer "Verdünnung" gesprochen. Dazu müsse jedoch ausdrücklich festgestellt werden, daß die Erhöhung des Budgetvolumens Ausdruck unserer konjunkturellen Lage ist, die sich unter anderem auch darin zeigt, daß in den ersten neun Monaten dieses Jahres die Industriegüterproduktion um acht Prozent, die Produktion der Investitionsgüter gestiegen ist.

Es sei schwer zu sagen, so setzt GR. Marek fort, welche Arbeiten vordringlich sind. Das Vorrangproblem sei je nach der individuellen Auffassung verschieden. In der Sowjetunion allerdings herrsche ein anderes System, dort könne der Staat den Vorrang einseitig bestimmen. Wir aber haben in freier Aussprache die Interessen der Bevölkerung wahrzunehmen und in die Tat umzusetzen.

Im folgenden weist der Redner darauf hin, welche große Probleme sich die Gemeinde Wien als Dienstgeber stellt. Fast 54.000 Bedienstete sind in der Gemeindeverwaltung tätig (34.689 Bedienstete in der Hoheitsverwaltung, 19.164 in den Stadtwerken). Zählt man die Zahl der Pensionisten (mehr als 36.000) sowie die Zahl der Familienangehörigen hinzu, so ergibt sich eine Summe, die etwa der Bevölkerungszahl einer Landeshauptstadt wie Graz oder Linz entspricht.

Der Löwenanteil der Investitionen entfalle auf den Bausektor. Die enormen Summen sind heur die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung und die Auslastung der Kapazität des Baugewerbes. Es

müsse darauf hingewiesen werden, daß wesentliche Beträge auch zur Förderung des nichtstädtischen Wohnungsbaues aufgewendet werden, die Stadt Wien jedoch keineswegs ein Monopol im Wiener Wohnbauwesen anstrebe.

Es wurde gesagt, Wien als Weltstadt finde keine Anerkennung. Aber gerade die Gäste aus dem nahen und fernen Ausland sind positiver Meinung und stellen uns dieses Zeugnis aus. Der Wiener Fremdenverkehr hat einen unerhörten Aufschwung genommen. Was uns jedoch fehlt, sind preisgünstige Unterkunftsmöglichkeiten, die wir brauchen, um auch die Gäste aus kapital schwachen Ländern zu uns zu bringen. Der Redner begrüßt daher den Ausbau des Internationalen Studentenheimes in Döbling, denn dieser Bau wird während der Sommermonate für die Unterbringung von Gästen verwendet.

Bedauerlicherweise wurde unser Bemühen um die Gäste aus dem Osten in der Wahlzeit bewußt falsch ausgelegt. Die Diffamierung der "Ostanfälligkeit" sollte endlich aus dem Tagesprogramm der ÖVP verschwinden. Wenn unser Vizekanzler Dr. Pittermann versucht, wirtschaftliche Beziehungen mit den östlichen Staaten herzustellen, und Sozialisten bemüht sind, neue Absatzgebiete der österreichischen Wirtschaft zu erschließen, so liegt das im Interesse eines gemeinschaftlichen Konzeptes.

Es wurde auch davon gesprochen, daß Wien eine stagnierende Stadt sei. Der Redner hält dem entgegen, daß Wien eine steigende Geburtenzahl aufweist.

GR.Marek nahm dann zu anderen wirtschaftlichen Problemen Stellung. Er unterstrich die große Aufgabe der Hafenbetriebsgesellschaft, die vor Jahresfrist gegründet wurde. Mit 1. Jänner werde der erste Schritt zur Zollfreizone gemacht werden können.

Im Zusammenhang mit der 500-Millionen-Investitionsanleihe betonte der Redner, daß dieser Betrag für die Stadtwerke nicht ausreichen werde, um die Investitionen innerhalb von fünf Jahren zu bestreiten. Es muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß diese Anleihen verzinst werden müssen und man darüber auch beraten muß, wie die Tilgung zu erfolgen hat. Jedenfalls kann die Tilgung in den derzeit geltenden Tarifen keine Deckung finden. Da gibt es keine Demagogie, denn man kann die Stadtwerke nicht in den Abgrund gehen lassen.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Wahlpropaganda der anderen Parteien, um wie er sagt, Richtigstellungen vorzunehmen und die Atmosphäre zu reinigen. Den Freiheitlichen wirft er vor, daß sie Wien als Bewahrerin deutscher Kultur sehen wollen. Alle Achtung vor der deutschen Kultur, die wir genauso schätzen wie die französische, wie die italienische Kultur. Aber wir haben eine österreichische Kultur! ruft der Redner unter dem Beifall der beiden großen Parteien aus. Wir werden im Geist dieser österreichischen Kultur leben, Kultur und Heimat sind untrennbare Begriffe. (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

Die Freiheitlichen haben auch auf einem Plakat mit einem rot angestrichenen Rathaus den Text gehabt: "Holt sie herunter!" Ein Teil ihrer Wähler, sagt GR. Marek zu den Freiheitlichen gewendet, hat ihnen die Antwort gegeben, nur dürfte der Schuß nach hinten losgegangen sein: Jetzt waren es nur mehr drei! Auch bei den Kommunisten sind es jetzt nur mehr zwei!

Der Redner nimmt dann kritisch zur ÖVP-Wahlpropaganda Stellung, wobei er sich insbesondere mit dem Fernsehinterview von Stadtrat Dr. Drimmel auseinandersetzt, in dem dieser erklärte, nach dem ersten Weltkrieg habe sich Wien unter der sozialistischen Stadtverwaltung als Rotes Wien aus Österreich verabschiedet. Das bedarf einer Erwiderung: Wien hat sich nicht losgelöst. Das Wien nach 1918 ist andere Wege gegangen, Wege der Gerechtigkeit. Wir haben uns vom Privilegienwahlrecht verabschiedet, von einer Finanzpolitik, die die Ärmsten zur Erfüllung der Kommunalpolitik herangezogen hat, wir haben uns verabschiedet von einem Wien des Bettgeherunwesens und einer Wohltätigkeit bürgerlicher Couleur. Es wurden die Werke eines Professors Julius Tandler auf dem Gebiete der Fürsorge verwirklicht und unter Minister Hanusch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffen. Und wir haben uns verabschiedet von einem Wien, in dem 80 Prozent der Wohnungen Zimmer-Küche-Wohnungen waren. Das Rote Wien ist geschaffen worden mit Kindergärten und Bädern und in der Tbc-Bekämpfung. Dieses Wien hat Werke geschaffen, die auch im Ausland gewertet werden.

Wir haben also überhaupt nur schlechte Werke getan, ich staune, daß das heute nicht erwähnt wurde, zum Beispiel die 20 Millionen für das Belvedere. (Stadtrat Dr. Drimmel: Das Belvedere stammt aus dem Wien, von dem Sie 1918 gesagt haben, daß es auf dem Schindacker krepirt ist!) Da müßten wir jetzt über die Nationalitätenfrage sprechen, darüber, daß in dem guten gemütlichen Wien die arbeitenden Menschen keine Rechte hatten, daß Bettgeher und Tuberkulose zum Charakteristikum dieser Stadt gehörten. Die Bezeichnung Rotes Wien ist gegenwärtig und wird von uns gar nicht propagiert. Wenn die Volkspartei sagt: Mehr Ideen ins Rathaus, muß man erwidern: Die Ideen sind von uns ausgegangen, denn Sozialismus ist ein Bekenntnis zum Humanismus. Wir wollen gemeinsam arbeiten, aber dann ist es kein Privileg, gute Ideen anzukündigen, sondern sie müssen in die Tat umgesetzt werden. Man kann die Arbeit im Wiener Gemeinderat nicht aus der Zahl der Anträge und Anfragen ablesen, sondern aus den Leistungen, aus der Arbeit, zu der wir uns zusammenfinden mögen. In dem Wahlprogramm der ÖVP steht der Satz, daß wir auf den Schultern unserer Großväter anno 1918 stehen. (Stadtrat Dr. Drimmel: Wir auch!) Alle können nicht auf den Schultern der Großväter stehen, das wäre eine artistische Leistung. Wir stehen nicht auf den Schultern unserer Großväter, sondern auf dem Boden der Realität, aber mit dem Blick auf Morgen. Bevor wir uns aber wieder zur Zusammenarbeit zusammenfinden, die wir bejahen, müssen wir diese Wahlpropagandaargumente entrümpeln (Ruf bei der ÖVP: Sie haben ja angefangen!), diese verhatschten Schuhe, den tropfenden Wasserhahn!

Wir müssen den Menschen auch ihre Verpflichtungen dem Gemeinwesen gegenüber aufzeigen. Wir sind dafür, daß die Menschen besser leben, sie müssen aber auch ihren Beitrag leisten. Freilich müssen wir ihnen dann zeigen, was wir mit dem Geld optimal leisten. Wir wollen an die Arbeit gehen. Mit der Erklärung, daß die sozialistische Fraktion vorbehaltlos und mit Genugtuung den Ansätzen des Voranschlages zustimmt, verbinden wir den Dank an Vizebürgermeister Slavik für die Erstellung des Voranschlages und für die Verantwortung, die er als Stadtrat für Finanzen trägt.

Das Schlußwort von Vizebürgermeister Slavik

Nach Beendigung der Debatte betrat Vizebürgermeister Slavik das Rednerpult zu seinem Schlußwort. Er sagte, daß er für die

Diskussion sehr denkbar sei. Sie wurde in verhältnismäßig freundlicher Art geführt, wofür er sich selber in seinem Schlußwort nach Möglichkeit revanchieren werde. Vizebürgermeister Slavik nahm darauf zu den aufgeworfenen Fragen im einzelnen Stellung:

Der Sprecher der KLS-Fraktion hat die "Schuldenwirtschaft" der Gemeinde kritisiert. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Vermögensstand der Stadt Wien Ende 1962 2.641 Millionen, Ende 1963 dagegen 2.863,6 Millionen betrug. Der Vermögensstand hat somit in einem Jahr einen Zuwachs von 222,6 Millionen Schilling erfahren, ohne daß dabei etwa das Grundeigentum neu bewertet worden wäre.

In dem Vergleich der Gemeindepolitik der Ersten Republik mit der nach 1945 wurde die erstere gepriesen und die letztere verdammt. Demgegenüber muß man sich an die Zeit zurückerinnern, da die heutigen KLS-Vertreter dem damaligen "Kommunistischen Jugendverband" angehörten und die "Rote Fahne" lasen. Dieses Blatt polemisierte seinerzeit gegen Breitner, Tandler oder Seitz in einer Art, der gegenüber die heutige Schreibweise der "Volksstimme" geradezu als gutmütig bezeichnet werden kann. Wäre damals die Tarifpolitik der Stadt Wien von den heutigen KLS-Vertretern so gelobt worden, wie dies heute geschah, hätten sie mit ihrem Ausschluß aus den kommunistischen Organisationen rechnen müssen. Es soll damit vor einer politischen Legendenbildung gewarnt werden. Politiker finden je meist erst Anerkennung, wenn sie gestorben sind.

Die Tarifpolitik der Stadt Wien könnte heute Vorbild für viele Städte in der Welt und in Österreich sein. Ihr Grundsatz ist, der Bevölkerung nicht mehr aufzulasten, als unbedingt notwendig. Der Strompreis ist gegenwärtig sowohl relativ als auch absolut niedriger als in der Ersten Republik. Der Gastarif liegt weit unter dem Durchschnitt. Es gibt freilich keine Wirtschaftsform, bei der ein Wohltäter alle Kosten für die Bevölkerung übernimmt. Man kann die notwendigen Mittel entweder in Form von Entgelten für erwiesene Leistungen oder durch Steuern hereinbringen. Man kann auch, so wie in den Ostblockländern, das Geld über die Betriebe und Geschäfte beziehungsweise durch die Preise der Waren, die alle kaufen müssen, herbeischaffen.

Wir in Wien wünschen uns dieses System allerdings nicht. Unsere Bevölkerung ist nicht so unvernünftig, daß sie nicht wüßte, daß das Geld für die gemeinsamen Aufgaben auch durch die Öffentlichkeit aufgebracht werden muß.

Auch der kommunale Wohnbau und die Mietzinsbildung der Ersten Republik wurden als vorbildlich hingestellt. Damals wurden im Washington-Hof 57 Groschen Miete pro Quadratmeter verlangt. Das war der Gegenwert für ein kleines Gulasch und eine Semmel. Die gegenwärtigen Mietzinse von zwei Prozent der Baukosten im Jahr erreichen zweifellos nicht diese relative Höhe. Daher nochmals: Keine Legendenbildung! In der Ersten Republik wurden für die damals zwei Millionen Einwohner von Wien 5.000 Wohnungen pro Jahr gebaut. 1965 sollen ebenfalls 5.000 Gemeindewohnungen für 1,65 Millionen Einwohner errichtet werden, was eine um 17 Prozent höhere Kopfquote bedeutet.

In den Ostblockländern stehen gegenwärtig acht Quadratmeter Wohnraum pro Person zur Verfügung, in Wien dagegen 22 Quadratmeter.

Zum Eigenheimbau muß gesagt werden, daß auch Wien Eigenheimsiedlungen errichtet und gefördert hat. Jedoch kann sich eben nur ein sehr kleiner Bevölkerungsteil die trotz aller Förderungsmaßnahmen damit verbundenen Aufwendungen leisten.

In der Ersten Republik waren die Bedingungen im genossenschaftlichen Wohnbau etwa dieselben wie heute. Man mußte zehn Prozent Eigenmittel aufbringen. Damals konnten sich das nur wenige leisten. Um die Beteiligung zu fördern, gab man die Möglichkeit, die Eigenmittel einzuarbeiten, wobei die Arbeitsstunde mit 50 Groschen bewertet wurde. Viele konnten auch die zwei Prozent Annuitäten nicht bezahlen und man mußte versuchen, hier durch Nebenerwerbssiedlungen Abhilfe zu schaffen. So war in Wahrheit die Wirtschaftssituation der Ersten Republik. Man soll also bei Vergleichen nicht auf die Vergeßlichkeit spekulieren!

Zu der Frage einer zweiten Montagebaufabrik ist zu sagen, daß diese nicht von der Gemeinde direkt, sondern von einer Gesellschaft unter finanzieller Beteiligung der Stadt Wien realisiert wird. Nach Fertigstellung des Gesellschaftsvertrages wird diese Frage wieder im Gemeinderat behandelt werden.

Was die Pflegegelder in den Spitälern betrifft, muß betont werden, daß noch keine Verbesserung des Krankenanstaltengesetzes

erreicht werden konnte. Da es sich dabei um ein Bundesgesetz handelt, müßte für eine Novellierung eine entsprechende Mehrheit im Parlament gefunden werden. Es ist das gemeinsame Streben aller Gebietskörperschaften, höhere Leistungen des Bundes für die Spitäler zu erreichen. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange. Wien hat die Pflegegebühren erhöht, aber auch die Krankenkassen zu einer Erhöhung ihrer Leistungen um zehn Schilling pro Verpflegstag bewogen. Das kann für die Stadt Wien Mehreinnahmen bis zu 30 Millionen jährlich bedeuten.

Die Frage der Bettennot ist immer relativ. In der UNO-Liste über die relative Zahl der Spitalsbetten steht Wien ganz an der Spitze und zählt gewiß in der Gesundheitsbetreuung der Bevölkerung zu den führenden Städten der Welt. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Modernisierung unserer Spitäler eine notwendige Aufgabe ist.

Was die Schnellbahn anlangt, ist sie ein Projekt der ÖBB, ebenso die Verbindung Gumpendorfer Straße-Meidlinger Hauptstraße. Die Bundesbahn hat ein Schnellbahnprojekt, das über die Grenzen Wiens hinausgeht, geplant.

Für die Unterführung der Inneren Stadt sind im Budget 1965 noch keine Beträge vorgesehen, weil diese Unterführung im kommenden Jahr noch nicht begonnen werden kann, da erst einmal die Unterführung der Zweierlinie fertig sein muß. Man kann schließlich nicht die ganze Stadt auf einmal aufreißen, da die Wirtschaft und der Verkehr sehr darunter leiden würden. Wenn gesagt wurde, daß man manche Verkehrslösungen erst zu spät in Angriff nimmt, so stimmt auch das nicht. Wir gehen mit dem Stadtbild der Inneren Stadt nicht leichtfertig um und konnten die Unterführung erst ins Auge fassen, als die Techniker durch die Erfindung neuer Baumethoden die Gewähr dafür geben konnten, daß die historischen Bauten dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Daß der Finanzausgleich nur ein Kompromiß ist, ist selbstverständlich. Wenn alle mit ihm unzufrieden sind, dürfte dies jedoch ein Zeichen dafür sein, daß er wenigstens halbwegs gerecht ausgefallen sein muß. Aufgabe beim Finanzausgleich ist es, die gegenseitigen Interessen und Wünsche abzuwägen und auszugleichen. Man muß jedoch in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hinweisen, daß nicht die anderen Steuerzahler für Wien zahlen, sondern

eher umgekehrt. Man kann auf den Schilling genau feststellen, wieviel von den gemeinschaftlichen Abgaben von Wiener und wieviel von anderen Steuerzahlern aufgebracht wird.

Kritik wurde auch an der Bundesfinanzpolitik geübt. Natürlich kann man zu ihr die verschiedensten Einstellungen haben. Man muß jedoch auch zur Kenntnis nehmen, daß der Bund ein anderes Verwaltungssystem hat als eine Gebietskörperschaft. In Wien ist es der Kollegialbehörde vorbehalten, darüber zu entscheiden, was mit den Einnahmen geschieht und wie hoch die Ausgaben sein können. Deswegen muß man auch die Finanzpolitik der Stadt Wien von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachten. In Wien wird zum Unterschied zum Bund nicht ein vorsichtiges Budget erstellt, damit der Finanzreferent über die Mittel verfügen kann, sondern damit die Kollegialbehörden im Laufe des Jahres notwendig erscheinende Leistungen beschließen können. Im übrigen wurde bei der Budgetierung der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen.

Bezüglich des Kultur Groschens wurde vor kurzem in einer Stellungnahme der Verbindungsstelle der Bundesländer darauf hingewiesen, daß die Bundesländer nicht auf die Erträge aus dem Kultur Groschen verzichten können, es sei denn, daß ein finanzieller Ausgleich durch andere Einnahmen geschaffen würde.

Für den Montagebau sind etwa 180 Millionen Schilling vorgesehen.

Das Verkehrsproblem: Es ist mit Ausnahme der Ostblockstaaten noch keinem Land, bzw. keiner Großstadt gelungen, den sprunghaft angestiegenen Verkehrsverhältnissen Rechnung zu tragen. Es kann eben nicht jeder eine Autobahn bis zu seiner Tür und einen Parkplatz überall dort haben, wo er gerade parken will. In den Ostblockstaaten besteht das Problem nur deshalb nicht, weil es dort Kontingente für die Zulassung von Fahrzeugen gibt. Berlin als Beispiel für gute Verkehrslösungen anzuführen, sei ein Vergleich, der nicht möglich ist. Wien war zu etwa 15 Prozent durch Kriegseinwirkungen zerstört. In Berlin war die Zerstörung so groß, daß vom alten Berlin fast nichts übriggeblieben ist. Man konnte also auf ebenem Boden anfangen die Verkehrsprobleme zu lösen. In Wien waren die Zerstörungen glücklicherweise nicht so arg und wir konnten unser historisches Stadtbild bewahren, müssen ihm aber auch bei Verkehrslösungen Rechnung tragen.

Die Wasserknappheit war lange Zeit ein ausgezeichnetes demagogisches Gesprächsthema. Man kann jedoch nicht wegdiskutieren, was auf dem Gebiet der Wasserversorgung alles geschehen ist. Selbst in ärgsten Krisenzeiten hatten wir täglich rund 400 Millionen Liter Leitungswasser für die Wiener Bevölkerung zur Verfügung. Trotzdem ist die Stadtverwaltung bemüht, immer mehr Wasser zur Verfügung zu stellen. Es wurde auf diesem Gebiet keinesfalls etwas verabsäumt. Man hat beim neuen Grundwasserwerk die Rohre bereits verlegt, als die Bewilligung für die Wasserentnahme noch nicht gegeben war.

Wenn wir die Finanzen unserer Stadt während der letzten zehn Jahre prüfen, werden wir daraufkommen, daß wir weder Sparkasse gespielt haben, noch leichtfertig waren. Wir haben den Grundsatz eisern durchgehalten, mit dem das Auslangen zu finden, was wir einnehmen, und das einzunehmen, was wir brauchen, um unsere Pflichten zu erfüllen.

Das Problem der Restzahlungen hängt nicht von uns ab. Hier spielt auch die Steuerpolitik mit hinein, die Bilanzgestaltung einzelner Unternehmer. Manche warten nämlich mit der Rechnungslegung oft bis zum nächsten Jahr, daher sind dann erst die Abrechnungen über lang zurückliegende Arbeiten möglich.

Zum Problem der "vorsichtigen Schätzungen": Der Gemeinderat bemüht sich stets im Lauf des Jahres, das, was eingespart wurde - wenn man also will, die Reserven -, immer wieder zu verbrauchen. Bei aller Vorsicht der Schätzungen ist es noch nie vorgekommen, daß eine Steigerung der Reserven erreicht wurde.

Einen Überblick über die Bauleistungen kann man sich leicht verschaffen, wenn man den Voranschlag genau liest.

Für irgendwelche Beiträge der Stadt Wien zum Jubiläum der Wiener Hochschulen ist im Budget für 1965 tatsächlich nichts vorgesehen, so auch noch nichts dafür, um dem Wunsch des Rektors der Wiener Universität nach Überlassung der Gründe des alten Allgemeinen Krankenhauses zu entsprechen.

Bürgermeister Jonas hat jedoch gestern erklärt, daß vom Gemeinderat erst besondere Beschlüsse darüber gefaßt werden sollen. Erst wenn solche Beschlüsse vorliegen, dann wird dafür Sorge getragen werden, daß die entsprechenden Beträge entweder aus der Post "Unvorhergesehene Ausgaben" oder aus der Rücklage zur Verfügung stehen.

Ganz allgemein muß zu dieser Frage jedoch festgestellt werden, daß diese Gründe ja erst dann zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn das alte Allgemeine Krankenhaus geräumt sein wird. Und das wird wohl noch einige Zeit dauern. Vor allem aber: Was könnte die Universität dann mit dem Baugrund anfangen, wenn ihr kein Geld für die Bebauung zur Verfügung gestellt werden sollte? Wir wollen keine neue Mistgsetten in Wien haben! Der Bund hat Baugründe genug, aber sie sind leer und unbebaut, sie sind Mistgsetten, wie zum Beispiel die Aspengbahngründe, der Freihofgrund und andere. Das sind alles Bundesgründe, auf denen nichts, aber schon gar nichts geschieht. Warum werden die nicht verbaut?

Zum Wohnungsbau: Es wurde in der Debatte von Differenzen in den Schätzungen gesprochen. Es gibt zweierlei Versprechungen, und **zwei** solche, die gemacht werden, ohne daß man davon überzeugt ist, daß man sie halten kann; und es gibt Versprechungen, die man in der festen Überzeugung abgibt, daß man sie halten kann. Wir sind der Überzeugung, daß wir das, was wir auf dem Wohnungssektor versprochen haben, nämlich 45.000 Wohnungen zu bauen, auch halten können. Darauf kann die Bevölkerung bauen! Die Wiener werden sich freuen, wenn wir mehr bieten können als wir versprochen haben. Sie würden sich aber nicht freuen, wenn es weniger wäre. Bei den 45.000 Wohnungen haben wir die absolute Sicherheit, daß wir sie errichten können.

Familiengerechte Wohnungen: Es ist klar, daß diese Frage in nächster Zeit nicht gelöst werden kann. Die Größe einer Wohnung richtet sich nämlich nicht nach einem Wunschbild, sondern nach dem Einkommen des Wohnungswerbers, nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes, denn für das Volk werden die Wohnungen gebaut. Daher werden wir auch in Zukunft genau beobachten müssen, wie sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entwickelt, und erst danach können wir die Größe der Wohnungen bestimmen. Gegenwärtig ist das Lohnniveau der Arbeitnehmer in Österreich leider nicht hoch genug, um für sie Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von etwa 130 Quadratmeter bauen zu können.

./.

Einkommensgrenze: Wenn die Forderung nach einer Festlegung der Einkommensgrenze für Wohnungswerber erhoben wird, so muß zuerst die Frage beantwortet werden, was eigentlich das Einkommen ist. Ist es das, was auf der Lohnsteuerkarte aufscheint, oder das, was in der Einkommenssteuererklärung steht, oder das, was uns von "guten Freunden" hinterbracht wird? Wir können keinen riesigen Apparat zur genauesten Überprüfung des Einkommens jedes einzelnen Mitbürgers aufstellen. Abgesehen davon, ist auch NR. Prinke nicht bereit, eine Einkommensgrenze für seinen Verein der Wohnungsfreunde festzulegen. Warum er nicht bereit ist, hat er mir nicht gesagt!

Abschließend sagt Vizebürgermeister Slavik: Für oberflächliche Beobachter mag das Budget nur aus vielen Zahlen und Ziffern bestehen. Hinter jeder Zahl und hinter jeder Ziffer aber steht das Schicksal Wiens, das Schicksal der Bevölkerung, das Schicksal jedes einzelnen Wienerers. Wir glauben, daß wir mit Hilfe dieses Budgets die Aufgaben meistern können, die uns gestellt wurden. Wir glauben, daß wir mit diesem Budget den entscheidenden Schritt in der ersten Etappe tun, um uns der Erfüllung dessen, was wir uns für die kommenden fünf Jahre vorgenommen haben, näherzubringen.

Da keine Abänderungsanträge vorliegen, kommt es gleich zur Abstimmung, bei der die Ansätze des zweiten Hauptstückes (Finanzen) mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen werden.

Der Antrag des Berichterstatters, die Erinnerungen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen, wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Bohmann, unterbricht die Sitzung und teilt mit, daß die Beratungen über den Voranschlag 1965 übermorgen Montag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) und der Geschäftsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) fortgesetzt werden. Referenten sind Stadtrat Bock (SPÖ) und Vizebürgermeister Mandl (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -